

## Rentenkürzungen schaffen keine Jobs



arbeiterfotografie.com

Ende 2003 wurde im Rahmen der Agenda 2010 beschlossen, die jährliche Renten Anpassung 2004 auszusetzen und Rentner mit dem vollen Beitrag zur Pflegeversicherung zu belasten.

Auf Betriebsrenten wird der volle Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung erhoben. Da die Regierung die fatalen Folgen der „Gesundheitsreform“ – gerade für Ältere und chronisch Kranke – verarmlost, kommt ihr auch nicht in den Sinn, dass die Mehrheit der Rentner durch die Anhäufung der Belastungen reale Einkommenskürzungen erleidet.

Besonders betroffen sind die 6,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner, die im Monat weniger als 600 Euro Rente beziehen, vorrangig Frauen. Auch in den neuen Bundesländern sprechen viele von „Rentenklaue“, denn für über 90 Prozent der Älteren ist hier die gesetzliche Rente das einzige Alterseinkommen, bei einem Rentenwert Ost der immer noch zwölf Prozent unter dem Vergleichswert in den alten Ländern liegt. Die langfristige Absenkung des Rentenniveaus durch die Einführung eines „Nachhaltigkeitsfaktors“ ab 2005 bürdet vor allem künftigen Rentnergenerationen die Belastungen einer ungünstigen demografischen Entwicklung auf. Ausbildungs- und Studienzeiten nach dem 17. Lebensjahr werden mit wenigen Ausnahmen nicht mehr als rentensteigernde Zeiten angerechnet, bei vorgezogener Altersrente nach Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit wird die Grenze für den frühesten Rentenbeginn von 60 auf 63 Jahre heraufgesetzt. Mit Einführung einer schrittweise ansteigenden Besteuerung der Alterseinkommen ab 2005 droht längerfristig ein Rentenniveau auf Höhe der Sozialhilfe.

Diese Politik ist sozial ungerecht, weil sie besonders die kleinen Einkommen und Renten belastet, während große Einkommen und Vermögen verschont bleiben. Anstatt den Produktivitätsfortschritt in den kommenden Jahrzehnten gerecht zu verteilen, werden Gefahren des demografischen Wandels beschworen.

Doch Renten Kürzungen sind kein Konzept zur Bewältigung des demografischen Wandels, sie schaffen weder Ausbildungsplätze für Jugendliche noch Arbeitsplätze für Erwerbslose. Von den heutigen Kürzungen bei den Älteren werden die Jüngeren weder kurz- noch langfristig profitieren.

**Gunnar Winkler  
Volkssolidarität e.V.**

# Armutsgesetze des Dr. Hartz

Die neuen Gesetze zur Arbeitsförderung und die neue Sozialhilfe vergrößern die Lücken im sozialen Netz. Viele Menschen erhalten künftig weniger Arbeitslosengeld oder ihnen wird der Zugang dazu verweigert. AB-Maßnahmen begründen keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld. Ab 1.1.2005 gibt es keine Arbeitslosenhilfe mehr.

Die Sozialhilfe wird jetzt schon verringert: Die Gesundheitskosten sind in den gleichbleibenden niedrigen Regelsatz gepresst. Einmalige Beihilfen, Unterkunft- und Heizkosten werden stärker pauschaliert. Mit dem Arbeitslosengeld II unterhalb der Sozialhilfestandards haben jetzige Bezieher von Arbeitslosengeld- und Sozialhilfe ab 2005 z.B. kein Geld mehr für den Qualifikationserhalt, die Mobilität, die Beschäftigungssuche und die Gesundheitsversorgung. Ihr Wohnungserhalt ist nach dem SGB II ungesichert: Die „Angemessenheit“ der Unterkunft- und Heizkosten wird neu definiert; Mietschuldenerübernahme ist die Ausnahme.

Sämtliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sind abhängig von der Annahme jeder Arbeit. Kannleistungen zur Arbeitseingliederung (z.B. Eingliederungsvereinbarung), verschärfte Sanktionen oder die

Bedürftigkeitsprüfung in der Bedarfsgemeinschaft lassen vermuten, dass viele Betroffene das Arbeitslosengeld II nicht erhalten bzw. sich nicht lange im Leistungsbezug halten werden. Jede Arbeit gilt als zumutbar, ob Minijobs, Tagelohn oder Pflichtarbeit in der Kommune für einen Euro die Stunde.

Viele aus der Sozialleistung gedrängten Menschen werden jeden Job annehmen müssen, ohne Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. All dies drückt das bisherige Lohnniveau und die Standards der Arbeitsbedingungen nach unten, wie bei den Personalserviceagenturen ersichtlich. Künftig wird Armut nicht

Erwerbsfähiger ist akut bedroht. Die unabhängige Erwerbslosenbewegung fordert deshalb ein garantiertes, ausreichendes und bedingungsloses Mindesteinkommen, das einen Damm gegen die Armut von Kindern, Rentnern, Obdachlosen, Sozialhilfebeziehern, Erwerbslosen und Behinderten bildet.

Gleichmaßen dringlich ist ein gesetzlich garantierter Mindestlohn als Basis existenzsichernder Tariflöhne für Erwerbstätige, ein konsequenter Kampf gegen Arbeitszwang und unversicherte Arbeit, Arbeitszeitverkürzung – zunächst auf 30 Stunden – bei vollem Lohn- und Personalausgleich, ein politischer Kampf für die Legalisierung des Flüchtlingsrechts und die offizielle Anerkennung des Aufenthaltstitels jetzt illegalisierter.

All dies steht gleichberechtigt neben allen Forderungen zur Schaffung qualifizierter, ausreichend entlohnter Arbeitsplätze.

Um diesen erdrutschartigen Verschlechterungen der Lebensbedingungen wirkungsvoll zu begegnen, ist ein langfristiger politischer Widerstand in einem breiten Bündnis von Gewerkschaften, Erwerbslosen, Globalisierungsgegnern, Friedensbewegungen und Betroffenenverbänden erforderlich.

**Anne Alex  
Runder Tisch der  
Erwerbslosen- und  
Sozialhilfeorganisationen**



arbeiterfotografie.com

Zu den Kürzungen gibt es keine Alternative, erklären alle Regierenden. Sie decken damit die Steuerreform ab, mit der das Kapital die Staatskassen um Dutzende Mrd. Euro erleichtert hat.

Allein die Kapitalgesellschaften zahlten von 2001 bis 2003 jährlich 20 Mrd. Euro weniger Gewinnsteuern als in den drei Jahren zuvor. Auf die veranlagte Einkommensteuer und die Gewerbesteuer entfielen weitere fünf Mrd. Steuerausfälle jährlich.

Während die Gewinnsteuern fielen, stiegen die Unternehmensgewinne, bei den Kapitalgesellschaften etwa von 205 Mrd. Euro in 2000 auf 221 Mrd. Euro im Jahr 2002. Ihr effektiver Steuersatz sank von 21 Prozent im Jahr 2000 auf 8,6 Prozent im Jahr 2002. Die Desinformationspropaganda der Unternehmerverbände verkaufte die Gewinnsteuersenkungen als Schritte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Ermunterung von Investitionen. Doch die Investitionen der Kapitalgesellschaften fielen nach der Steuerreform in sich zusammen und die Arbeitslosigkeit stieg.

Fördern ohne zu fordern, heißt die Devise der Regierenden gegenüber dem Kapital. Hier gibt es weder ein Controlling noch eine Evaluation. Es wird nicht einmal gefragt, wofür die 75 Mrd. Euro Steuergeschenke von 2001 bis 2003 verwendet worden sind – schließlich wurde das die Freiheit des Privateigentums antasten.

Aber fest steht: Die Gewinnsteuern wurden reduziert, damit mehr Gewinne an die Aktionäre ausgeschüttet werden konnten als jemals zuvor. Sie wurden gesenkt, um die Verluste aufzufangen, die mit Aktienkurspekulation, der Vergabe riskanter Kredite und der vom Kapital erzeugten Überproduktionskrise entstan-

## Die Kassen sind leer. Wer hat reingegriffen?

von Rainer Roth



arbeiterfotografie.com

den. Sie wurden gesenkt, damit die Milliarden „in andere Teile der Welt transportiert (werden konnten), wo es (das Kapital) höhere Renditen abwirft als in Deutschland“ (Hans-Werner Sinn).

Sie wurden also verringert, um die Renditen, die trotz steigender Gewinne ab 2001 in der Krise gefallen sind, wieder aufzupäppeln.

Die Wettbewerbsfähigkeit wäre natürlich am höchsten, wenn alle Gewinnsteuern abgeschafft wären. Das Kapital verlangt weitere Senkungen der Körperschaftssteuer, die Abschaffung der Gewerbesteuer und einen Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 30 statt wie jetzt 45 Prozent. Das Steuerdumping mit Hilfe der EU und ihrer Osterweiterung hilft dabei.

Gewinnsteuersenkungen erzwingen Sozial- und Personalabbau. Der fortgesetzte Sozialkahltschlag ist wiederum die Voraussetzung für weitere Senkungen der Unternehmenssteuern. Diese Politik erzeugt öffentliche Armut und drückt Millionen Menschen unter das Existenzminimum.

Die DGB-Führung hat die Steuerreform von 2001 im Namen der Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ begrüßt. Für Gewinnsteuersenkungen und gegen Sozialabbau zu sein, passt jedoch nicht zusammen. Neben der Rücknahme der Abschaffung der Vermögenssteuer steht daher die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen in Milliardenhöhe auf der Tagesordnung.

**Der Autor ist Professor an der Fachhochschule Frankfurt/M. und Verfasser des Buchs „Nebensache Mensch – Arbeitslosigkeit in Deutschland“**